

Postwachstumskonzepte als Ressource für eine Europäische Union der Nachhaltigkeit¹

Ein Beitrag zur sozial-ökologischen Neuausrichtung Europas

Seit gut einem Jahrzehnt erleben wir das Erstarken einer wachstumskritischen Debatte, die über Europa weit hinausreicht und mit ähnlichen Diskursen in Nordamerika sowie verschiedenen Schwellen- und Entwicklungsländern der Südhemisphäre eng verbunden ist. Sie wird im Englischen unter der Überschrift »Post Growth« oder »Degrowth« geführt, im Französischen unter »Décroissance«, im Spanischen unter »Decrecimiento« und im Deutschen unter »Postwachstumsgesellschaft« oder »Postwachstumsökonomie«.

Diese Debatte ist trotz frischer Überschriften nicht gänzlich neu, auch wenn manche ihrer Protagonisten eigentümlich geschichtslos argumentieren. Mit gewissem Recht lässt sich von einer zweiten Blüte der Wachstumskritik sprechen. Denn bereits in den 1970er Jahren wurde intensiv über die ökologischen, kulturellen und sozialen Grenzen des Wachstums diskutiert. Als herausragende Werke lassen sich hier der »Club of Rome«-Bericht über die *Grenzen des Wachstums* (1972),² die kulturkritische Streitschrift *Haben oder Sein* von Erich Fromm (1976),³ die hellsichtige Studie von Fred Hirsch über die *Sozialen Grenzen des Wachstums* (1976)⁴ und die *Beiträge zur Wachstumskrise* (1977)⁵ von André Gorz nennen. Angelsächsische, französische und deutsche Autorinnen und Autoren prägten diese Debatte in gleicher Weise.

Ihren Ausgang nahm die radikale Wachstums- und Konsumkritik in den Vereinigten Staaten. Als Hochburgen dieser Debatte galten insbesondere die US-amerikanischen West- und Ostküsten-Universitäten, allen voran die University of California in Berkeley und das Massachusetts Institute of Technology in Cambridge MA, wo auch der Bericht über die »Grenzen des Wachstums« entstand, verfasst von einer ökologisch inspirierten und sehr jungen Gruppe von Systemtheoretikerinnen und -theoretikern um Donella und Dennis Meadows.

1 Für das kritische Gegenlesen des Manuskripts sowie Anregungen und Hinweise danke ich Liesbeth Bakker, Ray Cunningham, Rosaria di Nucci, Fritz Hinterberger, Reinhard Ueberhorst, Tobias Vogel und Blanche Weber sowie zwei anonymen Gutachtern.

2 Meadows et al. 1972. Im Zentrum dieses Berichts standen die Ressourcenübernutzung, die Umweltzerstörung und das Bevölkerungswachstum.

3 Fromm 1976.

4 Hirsch 1976.

5 Gorz 1977.

In der Bundesrepublik erschien in diesen Jahren eine Fülle politisch einflussreicher Schriften zum Thema, darunter die Bestseller *Ein Planet wird geplündert* (1975)⁶ von Herbert Gruhl, *Ende oder Wende* (1975)⁷ von Erhard Eppler sowie *Natur als Politik* (1976)⁸ von Carl Amery. In der DDR wurden die hochumstrittenen, aber letztlich sehr wirksamen Bücher der Dissidenten Wolfgang Harich (*Kommunismus ohne Wachstum?*, 1975), Rudolf Bahro (*Die Alternative*, 1977) und Robert Havemann (*Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg*, 1980) stark durch die Wachstumskritik der 1970er Jahre beeinflusst.⁹ Da die wissenschaftlichen und publizistischen Arbeiten zur Wachstumskritik mit den beiden Ölpreiskrisen der 1970er Jahre (1973 und 1979/80) zusammenfielen, was in der Bundesrepublik beispielsweise mit Sonntagsfahrverboten einherging, setzte sich in weiten Teilen der Bevölkerung die Sichtweise durch, die behaupteten Grenzen des Wachstums seien bereits in Ansätzen spürbar.

Der ideologische Streit über die Wachstumsfrage fand seinerzeit nicht nur innerhalb der kapitalistischen Industriegesellschaften und in politischen Dissidentenkreisen Mittel- und Osteuropas statt, sondern spiegelte auch den West-Ost- und den Nord-Süd-Konflikt wider: Im Einflussbereich der Sowjetunion wurde argumentiert, die wachstumskritische Debatte sei eine besonders perfide Strategie des Westens, den zentralen Systemvorteil der sozialistischen Planwirtschaften gegenüber den kapitalistischen Marktwirtschaften zu diskreditieren, nämlich die Fähigkeit, dauerhaftes und krisenfreies Wachstum zu erzeugen.¹⁰ Regierungen der aufstrebenden Entwicklungsländer wiederum argumentierten, dass es sich bei der Wachstumskritik um eine Form des Neokolonialismus handele, diesmal im grünen Gewande. Just in dem Moment, in dem die Länder der Südhemisphäre zum großen Entwicklungssprung ansetzten, so etwa die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi, komme ausgerechnet der ressourcenhungrige Westen daher, um ihnen mit ökologisch-moralischen Vorhaltungen das Wachstum auszureden.¹¹ Das sei wenig glaubwürdig.

Von Wachstumskritikern wurde bereits in den späten 1960er Jahren die Frage aufgeworfen, ob die starke Fixierung auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht in die politische Irre führe, den Blick auf wirkliche Wohlfahrtseffekte verstelle oder mindestens extrem reduktionistisch sei. Schließlich messe dieser zum Fetisch erhobene Indikator unseres vermeintlichen Erfolgs vieles falsch (etwa »externe Schadefekte« wie die Umweltverschmutzung im In- und Ausland, die eigentlich vom BIP abzuziehen seien) und manches gar nicht (etwa Quantität, Qualität und Reichweite der erneuerbaren und nichterneuerbaren Ressourcenbestände für heutige und zukünftige Generationen). Und wieder anderes lasse sich mit dem Kategoriensystem

6 Gruhl 1975.

7 Eppler 1975.

8 Amery 1976.

9 Für eine Übersicht siehe Amberger 2014.

10 Vgl. hierzu Kuczynski 1973.

11 Nachzulesen unter Gandhi 1972.

des BIP ohnehin nicht erfassen, etwa das Glück der Menschen, die Qualität ihrer Sozialbeziehungen oder die Arbeit im Nicht-Erwerbssektor. Auch über die innergesellschaftliche und internationale Verteilungsgerechtigkeit gäben das BIP und sein Wachstum keinerlei Auskunft.

1. Die zwei Wellen der Wachstumskritik

Dennoch wäre es grundfalsch, die Wachstumskritik, deren Aufkeimen wir seit der großen Finanzkrise 2007/08 erleben, als bloßes Retro-Phänomen zu deuten, von dem insbesondere saturierte und überalterte Dienstleistungsgesellschaften erfasst werden, die sich dem Zustand einer »säkularen Stagnation« (Larry Summers) nähern. Die erste und die zweite Welle der Wachstumskritik weisen Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede auf. Die größte Gemeinsamkeit: Ökologische Überlegungen bilden nach wie vor den zentralen Ausgangspunkt der Wachstumskritik. Der größte Unterschied: Enthielten Wachstums-, Konsum- und Industrialismuskritik in den 1970er Jahren das radikale und utopische Gegenbild zum vorherrschenden ökonomischen Entwicklungsmodell und sorgten bei den Regierungen entsprechend für Abwehrreaktionen, so konvergieren heute viele Transformationsimpulse aus dem wachstumskritischen Diskurs mit neuen technischen Möglichkeiten, neuen sozialen Werthaltungen und sogar neuen Geschäftsmodellen, was sich in verschiedenen Denk- und Handlungsweisen zeigt wie etwa im kollaborativen Konsum, im Miteinander-Teilen von Gegenständen, in Prosumentennetzwerken, im Internet der Dinge, in Ansätzen zur Dezentralisierung, im Wiedererstarken der Reparaturkultur, in der abfallfreien Kreislaufwirtschaft, bei »ethischen« Geldanlagen, im Anwachsen des Klima-, Ernährungs- und Gesundheitsbewusstseins oder im Streben nach Einfachheit und einer guten Arbeits- und Freizeit-Balance.¹² Diese vielfältigen Phänomene bilden nicht zwingend eine logische oder gar ideologische Entität. Aber sie entstammen doch alle einem Denken, in dem Kooperation höher gewichtet wird als Wettbewerb, Zugang höher als Besitz, sozial-ökologisches Wirksamwerden höher als rein ökonomische Ziele.

Ein weiteres kommt hinzu: Seit dem Kollaps des Sowjetimperiums vor einem Vierteljahrhundert leben wir nicht mehr in der bipolaren Welt des Systemwettkampfs mit seiner industriellen und militärischen Aufrüstungslogik. Es ist aber nicht zum »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) gekommen, sondern zu einer neuen Ungleichzeitigkeit und Unübersichtlichkeit entlang neuer Konfliktlinien. Ein Phänomen wie die »globale Konsumentenklasse« mit ihren extrem ressourcen-, energie- und mobilitätsintensiven Lebensstilen etwa gibt es eben längst nicht mehr nur in den reichen Industriestaaten, sondern auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern der Südhemisphäre.¹³

12 Loske 2014.

13 Ein Unterschied besteht freilich darin, dass der »Konsumentenklasse« in den reichen Industriestaaten 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung angehören, während es in aufstrebenden Schwellenländern eher 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung sind, was in absoluten Zahlen jedoch von erheblicher Relevanz ist. Vgl. hierzu Buarque 2007.

Das wirkt auf die Wachstumskritik zurück. Sie ist anders als in den 1970er Jahren kein bloß westliches Phänomen mehr, sondern erfährt in Lateinamerika, im südlichen Afrika oder in Südasien je regionale und oft mit Kapitalismuskritik gepaarte Ausformungen. Vieldiskutierte Konzepte wie »Buen Vivir«¹⁴ (Bolivien, Ecuador), »Ubuntu« (südliches Afrika) oder »Bruttonationalglück« (Bhutan) können hierfür als Belege dienen. Diese alternativen Ansätze verbindet, dass sie für sich Gemeinwohlorientierung reklamieren und kooperative gegenüber kompetitiven Wirtschaftsweisen bevorzugen. Hier tut sich ein Feld der Gemeinsamkeiten mit sozial-ökologischen Innovationsansätzen in den reifen Industriegesellschaften auf.

Es gibt keinen Automatismus, der die Spannungen zwischen wachstumskritischen und sozial-ökologischen Positionen auf der einen Seite sowie technisch-ökonomischen Entwicklungstendenzen in der zunehmend digitalen Gegenwart auf der anderen Seite wie von selbst »versöhnt« und in einer »zukunftsfähigen Entwicklung« aufhebt, wie manche Optimisten annehmen.¹⁵ Es besteht durchaus die Gefahr, dass die kapitalistische Verwertungslogik sich die genannten sozialen Innovationen einverleibt, sie als »Frischzellenkur« nutzt und in ganz normale Geschäfte zu transformieren versucht. Die aktuellen Kontroversen um die sogenannte Ökonomie des Teilens (»Sharing Economy«) machen dies sehr deutlich.¹⁶ Aber angesichts der Krisenhaftigkeit sozialer und ökologischer Entwicklungen in Europa und weltweit wäre es aus einer kritischen Perspektive fahrlässig, nicht auszuloten, welche intelligenten Verbindungsmöglichkeiten es zwischen der Wachstumskritik und dem real stattfindenden Gesellschafts-, Technologie- und Strukturwandel geben kann und welcher politischen Rahmenbedingungen es bedarf, um symbiotische Effekt zu erzielen.

Während also die erste Welle der Wachstumskritik auf weitgehendes Unverständnis stieß und deshalb von Regierungen und Wirtschaft als kulturpessimistisches Weltuntergangsszenario abgetan wurde, hat die zweite Welle den volatilen »Zeitgeist« nicht mehr per se gegen sich, in Teilen sogar auf ihrer Seite.¹⁷ Natürlich gibt es sie noch, die Wachstumsfetischisten, die jede Infragestellung der permanenten ökonomischen Expansion wüst attackieren.¹⁸ Wahrscheinlich bilden sie sogar noch die Mehrheit. Aber ihre zwanghafte Abwehrreaktion wirkt eher wie das Pfeifen im Walde, also irgendwie unzeitgemäß. Die Stimmung ist offener geworden für die

14 Burchardt 2017.

15 Rifkin 2014.

16 Loske 2018.

17 Die Frage, warum radikale Wachstumskritik zwischen Mitte der 1980er Jahre und dem offenen Ausbruch der Finanzkrise keine besondere Konjunktur hatte, kann hier nicht vertieft behandelt werden. Nur so viel: Um dem Vorwurf zu entgehen, fortschritts-, wachstums- oder technologiefeindlich zu sein, sind viele Protagonisten der Nachhaltigkeit in den Modus der »realpolitischen Anschlussfähigkeit« gewechselt und haben sich im Wesentlichen auf technologische Konzepte wie die »ökologische Modernisierung« oder später das »grüne Wachstum« beschränkt. Diese »Überanpassung« hat dazu geführt, dass gesellschaftspolitische oder Lebensstilfragen nur noch mit spitzen Fingern angefasst wurden.

18 Hank 2016.

Wachstumskritik, und vielen gilt Wachstum nicht mehr als Maßstab des Fortschritts.

2. Wachstumsneutrale Nachhaltigkeitsorientierung als neues Leitbild für Europa?

Nachfolgend soll die These vertreten werden, dass die Abkehr vom Konzept permanenten Wachstums und die Hinwendung zu einem wachstumsneutralen, nachhaltigen, kooperativen und friedensstiftenden Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell auch geeignet ist, der kriselnden EU einen neuen Sinn einzuhauchen. Wer einen Weg jenseits der bloßen Fortsetzung des demokratiefernen Brüsseler Wegs mit seiner Wettbewerbs-, Wachstums- und Freihandelsobsession und dem Rückfall in nationalistische und chauvinistische Politik sucht, der findet in den Ansätzen der Postwachstumsgesellschaft reichhaltige Anknüpfungspunkte für ein nachhaltiges, sozial gerechtes und ökonomisch (wenn auch anders) prosperierendes »Europa der Regionen«.¹⁹

Der hier vorgelegte Text versteht sich insofern als Beitrag zur Weiterentwicklung Europas zu einem Kontinent der Nachhaltigkeit. Dazu wäre es allerdings unabdingbar, dass sich sozial-ökologisch motivierte Akteure stärker in die Debatte über die Zukunft Europas einmischen und das Feld nicht denen überlassen, in deren Denken Nachhaltigkeit entweder gar nicht oder lediglich als Fußnote vorkommt.²⁰

Um unser Argument zu entwickeln, ist es erforderlich, die Hauptquellen der Wachstumskritik genauer unter die Lupe zu nehmen, sie ins Verhältnis zur Situation in Europa zu setzen und geeignete Politikansätze zu formulieren, die diese Quellen für wachstumsneutrale Politik zu nutzen vermögen.

2.1 Erste Quelle: Ökologische Grenzen des Wachstums und Generationengerechtigkeit

Die ökologischen Grenzen des Wachstums finden sich an zwei verschiedenen, aber doch verwobenen Enden: in der Verfügbarkeit und Reichweite von Naturressourcen und in der Senkenfunktion des Natursystems, also in seiner Fähigkeit, menschengemachte Abgase, Abfälle, Abwässer und generell Natureingriffe so zu »verarbeiten«, dass die Ökosysteme nicht geschädigt und in ihrer Funktionsfähigkeit und Regenerationskraft beeinträchtigt werden. Beide Restriktionen sind relevant, aber sie wir-

19 Es erstaunt, dass die Idee vom »Europa der Regionen«, die in den 1970er und 1980er Jahren an der Wiege der grünen Bewegungen und Parteien in Europa stand, heute in denselben nur verhalten diskutiert wird. Vielleicht befürchtet man, mit Separatisten, Populisten und Identitären in einen Topf geworfen zu werden, die regionale Spezifika ja gern hervorheben, allerdings oft in abschottender Manier. Wie man die Idee vom »Europa der Regionen« in ein kosmopolitisches europäisches Konzept integrieren kann, zeigt zum Beispiel Ulrike Guérot in ihrem Buch *Warum Europa eine Republik werden muss. Eine politische Utopie*; Guérot 2016.

20 Als Beispiele mögen hier die beiden »großen Europa-Visionen« von Jean-Claude Juncker und Emmanuel Macron vom September 2017 dienen, in denen viel von Wachstumsstimulierung, europäischer Finanz- und Wirtschaftspolitik, dem Euro und einer europäischen Armee die Rede ist, aber sehr wenig von Nachhaltigkeit.

ken unterschiedlich und erfordern unterschiedliche Politikstrategien. In den 1970er Jahren herrschte noch die Einschätzung vor, dass die »Ressourcenschranke« sich wohl zuerst schließt,²¹ uns etwa Öl, Gas oder bestimmte Mineralien wie Kupfer, Chrom, Nickel, Zinn oder Wolfram schon bald ausgehen könnten, weshalb am nahen Horizont der Kollaps des ressourcenhungrigen Industriesystems drohe. Später hat diese Diskussion sich dann ausdifferenziert und weiterentwickelt.²²

Nach vier Dekaden intensiver Forschung hat sich heute eine andere Sicht auf die Restriktionsfrage durchgesetzt: Sieht man von Ausnahmen wie den seltenen Erden oder dem feinkörnigen Sand ab, so ist nicht die Verfügbarkeit fossiler oder mineralischer Rohstoffe der wesentliche Limitationsfaktor des gegenwärtigen Entwicklungsmodells, sondern die aus menschlicher Tätigkeit resultierende Umweltzerstörung, vor allem der Klimawandel, der Schwund an biologischer Vielfalt (also an Lebensräumen, Arten und genetischer Vielfalt), der überhöhte Stickstoffeintrag in die Umwelt und die Versauerung, Erwärmung und Vermüllung der Ozeane, um nur die wichtigsten zu nennen.²³ Da, wo sich Ressourcenübernutzungen schon heute zeigen, betrifft das vor allem die Böden, Wälder und Meere, deren Vitalität auch für den Kohlenstoffkreislauf (als CO₂-Senken) und die Biodiversität eine bedeutende Rolle spielt.

Angesichts des Klimawandels lässt sich die ursprüngliche Sorge, der Menschheit könnten schon bald die fossilen Energieträger ausgehen, als vorerst unbegründet erkennen: Wir haben nicht – aus ökologischer Sicht – zu wenig Gas, Öl und Kohle, sondern zu viel davon, sogar viel zu viel. Wenn die Klimaschutzziele eingehalten werden sollen, müssen mindestens 80 Prozent der Kohle-, 50 Prozent der Gas- und 30 Prozent der Ölreserven ungenutzt im Boden bleiben, was natürlich nicht nur für die entwickelten Industrieländer des Westens, sondern auch für Regionen wie den Mittleren Osten, Russland und kohlereiche Staaten wie China, Indien oder Südafrika erhebliche Konsequenzen hat.²⁴ Es geht also nicht um erzwungenes Handeln aus Gründen drohender Ressourcenverknappung und entsprechend zunehmender Konflikte und Kosten, sondern um freiwilliges und solidarisches Handeln aus ökologischer Einsicht und globalem Verantwortungsgefühl.

Was bedeuten diese Herausforderungen für die Europäische Union, jene Weltgend, der es im Vergleich zu anderen gut geht, die aber ökologisch weit über ihre Verhältnisse lebt? Zunächst ließe sich formal antworten, dass die EU an allen internationalen Abkommen zum Umweltschutz beteiligt ist und sich gern gar als Vorreiterin sieht. Sie hat die 17 »Sustainable Development Goals« (SDG) der Vereinten Nationen vom September 2015 ebenso maßgeblich mitgeprägt wie das Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015, das eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf maximal 2° C (besser 1,5° C) gegenüber dem vorindustriellen Niveau

21 Das hatte zweifelsohne auch mit den beiden Ölpreiskrisen der 1970er Jahre zu tun, die die Erdölknappheit zu bestätigen schienen. Vgl. hierzu Göbel 2013.

22 Vgl. hierzu www.peak-oil.com/tag/peak-everything/ (Zugriff vom 30.05.2017).

23 Für eine Übersicht siehe Rockström 2009.

24 McGlade, Ekins 2015.

vorsieht. Für die europäischen Staaten bedeutet das eine nahezu vollständige De-Karbonisierung ihrer Ökonomien bis 2050, also null CO₂-Emissionen.

Aus einer kritischen Nachhaltigkeitsperspektive ist das Problem der EU also nicht so sehr der Mangel an »grünen« Willensbekundungen. Daran hapert es nicht. Was wirklich in die falsche Richtung läuft, sind zwei andere Faktoren: die obsessive Fixierung auf Wachstum, Freihandel und Wettbewerb und die mangelhafte Kohärenz der Sektorpolitiken, von der Agrar- über die Verkehrs- bis zur Handelspolitik.

Was die Grundausrichtung auf Wachstum und Wettbewerb betrifft, so wird mit hohem Marketingaufwand versucht, über die Themen »grünes Wachstum«, »grüne Technologien« und »grüne Märkte« eine Brücke zur Nachhaltigkeit zu schlagen. Das Expansionspostulat wird jedoch keineswegs infrage gestellt, vielmehr soll es um grüne Ziele ergänzt und so gestärkt werden.²⁵ Dass dabei auch vernünftige Entwicklungen gefördert werden, steht außer Frage, auch wenn das »Rebound-Problem«, die Gefahr des Auffressens von technischen Umweltgewinnen durch ökonomische Wachstumseffekte, unberücksichtigt bleibt. Aber es findet eben keine systematische Integration von Nachhaltigkeitszielen in die diversen europäischen Sektorpolitiken statt: Die agrarpolitischen Rahmenbedingungen wirken wie Stimulantia für Massentierhaltung, Pestizideinsatz, Landschaftsausräumung und Exportorientierung; die Umwelanforderungen an Grundstoffindustrien, Automobilbranche und Energiewirtschaft werden von den Mitgliedstaaten permanent verwässert und auf dem Altar von gut organisierten Lobbyinteressen geopfert; die Handelspolitik gegenüber afrikanischen Staaten verwehrt diesen faktisch den Schutz ihrer lokalen Märkte, drängt auf weitgehende Investitionserleichterungen für multinationale Unternehmen, zerstört die Subsistenzlandwirtschaft und erschwert die Entwicklung tragfähiger und eigenständiger Binnenwirtschaften, zugleich werden die multinationalen Chemie- und Saatgutkonzerne darin unterstützt, für sie vorteilhafte Regime der Biopatentierung international durchzusetzen und so die Bauern der Südhemisphäre in dauerhafte Abhängigkeiten zu treiben.

Eine Postwachstumsperspektive auf die europäischen Realitäten setzt genau bei diesen Defiziten an: bei der Abkehr vom einseitigen Wachstums-, Handels- und Wettbewerbsdenken und der Hinwendung zu kohärenten Sektorpolitiken und regionalen Strategien. Ansatzpunkte, um den stofflichen und energetischen Grundumsatz und den ökologischen Fußabdruck Europas deutlich zu reduzieren, gibt es während der nächsten Jahre mehr als genug. Hier nur drei Beispiele:

- Die »Gemeinsame Agrarpolitik«, die in den kommenden zwei Jahren zur Reform ansteht, muss auf sozial-ökologische Qualitätsziele sowie auf Re-Regionalisierung der Wertschöpfung, Erzeuger-Verbraucher-Kooperation und Kreislaufwirtschaft ausgerichtet werden. Exportorientierung und Intensivierungsdruck dürfen durch Transferleistungen nicht länger gefördert, sondern müssen durch diese abgebaut werden.
- Die Umstellung des zentralistisch-verschwenderisch-fossil-nuklearen Energiesystems auf eine dezentral-sparsam-solar-vernetzte Energieerzeugung muss in jeder nur erdenklichen Weise gefördert werden, wobei Stadtwerke, Energiege-

²⁵ Vgl. www.greengrowthknowledge.org/region/europe (Zugriff vom 30.05.2017).

nossenschaften, Bürgerenergie-Gemeinschaften und Eigenerzeuger aktiv zu begünstigen sind. Die EU muss dabei erkennen, dass Energiepolitik nicht ausschließlich Wettbewerbs- und Industriepolitik ist, sondern auch und vor allem Gesellschafts- und Klimapolitik.

- Beim Umbau und der Weiterentwicklung der europäischen Infrastrukturen für Energie, Verkehr, Wasser, Kommunikation und Daten muss vor allem sichergestellt werden, dass Städte und Regionen ihre Nachhaltigkeits- und Vernetzungspotenziale ausschöpfen können und nicht in einen ruinösen Wettbewerb untereinander getrieben werden: Das reicht von einer guten Breitbandversorgung auch in ländlichen Regionen über intelligente und dezentral ausgerichtete Stromnetze bis zur optimalen Vernetzung des nichtmotorisierten und des öffentlichen Verkehrs sowie der Integration des motorisierten Individualverkehrs und dessen Neuausrichtung auf die Teilziele »grüne Elektrifizierung« und »Fahrzeugnutzung statt Fahrzeugbesitz«.

Der Hauptwesenszug einer so gearteten europäischen Transformationsstrategie läge in ihrer Wachstumsneutralität. Es ginge um reduzierte Umweltzerstörung und reduzierten Ressourcenverbrauch, um Wachsen (zum Beispiel bei erneuerbaren Energien, naturverträglichem Landbau und nachhaltigem Infrastrukturumbau) und Schrumpfen (etwa bei fossilen Energien, Massentierhaltung, Agrochemikalien, Plastikprodukten und Autos) gleichermaßen, wobei es für einen Übergangszeitraum sogar zu dem paradoxen Effekt kommen könnte, dass der nachhaltige Systemumbau und die damit einhergehenden Investitionen zunächst zu einem steigenden Bruttoinlandsprodukt führen, weil die Voraussetzungen für ein dauerhaft ressourcenschonendes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem erst geschaffen werden müssen.

2.2 *Zweite Quelle: Schadensexternalisierung und Ressourcengerechtigkeit*

Europas bisherige wirtschaftliche Expansion fußte nicht nur auf Fleiß, Innovationskraft, Kaufmannsgeist, funktionierenden Institutionen, einer selbstbewussten und zunehmend besser ausgebildeten Arbeiterschaft sowie der Nutzung ihrer Mehrwertproduktion, sondern auch darauf, dass es gelang, Umweltschäden zu externalisieren und die Ressourcen Dritter zu akquirieren, zunächst durch Kolonialismus in Afrika, Asien und Lateinamerika, später über die Durchsetzung asymmetrischer Handelsbeziehungen, die die Länder der Südhemisphäre in der Rolle von Rohstoff- und Agrarproduktlieferanten gefangen hielten und halten.

Nimmt man die CO₂-Emissionen als Maßstab, die im direkten Zusammenhang mit der Verbrennung der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas sowie dem In-Bewegung-Setzen und Verarbeiten von Stoffströmen stehen, so zeigt sich die Tendenz zu Schadensexternalisierung und Ressourcenungerechtigkeit während der vergangenen gut 150 Jahre sehr deutlich: Der EU-Anteil an der Weltbevölkerung liegt bei 6,9 Prozent (2015), der Anteil am globalen BIP bei 23,8 Prozent (2014), der Anteil an den kumulierten CO₂-Emissionen, der Hauptursache des menschengemach-

ten Klimawandels, zwischen 1850 und 2002 bei 26,5 Prozent (übertroffen nur von den Vereinigten Staaten mit 29,3 Prozent).²⁶

Selbst wenn man nicht die historische Perspektive der kumulierten Emissionen einnimmt, die verdeutlicht, wie sehr wir Europäer unser »Atmosphärenkonto« schon zu Lasten Dritter überzogen haben, sondern nur den Status quo betrachtet, so ist die Ungerechtigkeit in der globalen Kohlenstoffordnung evident: Während jeder Erdenbürger pro Jahr nur 1 bis 2 Tonnen Kohlendioxid ausstoßen dürfte, um die Klimaziele des »Pariser Abkommens« einzuhalten, nehmen wir Europäer uns die Freiheit, pro Jahr im Durchschnitt 8 bis 9 Tonnen in die Atmosphäre zu entlassen.²⁷ Zum Vergleich: In Brasilien sind es 2,5 t pro Kopf und Jahr, in Indien 1,6 t und in Nigeria 0,6 t. Eine große Abweichung von diesem Muster stellt allerdings China dar, das sich während der beiden letzten Dekaden in rasender Geschwindigkeit an das europäische Emissionsniveau angenähert hat (7,6 t pro Kopf und Jahr).²⁸ Nicht nur aus diesem Grund ist eine vertiefte Klima-Kooperation zwischen der EU und der Volksrepublik China dringend geboten. Die Ignoranz von US-Präsident Donald Trump in Sachen Klimaschutz sollte hier beschleunigend wirken.

Besonders ungerecht an der Nord-Süd-Asymmetrie bei den klimaverändernden Emissionen ist die Tatsache, dass die Länder der Südhemisphäre wesentlich stärker vom Klimawandel betroffen sind als die meisten Industriestaaten. Hier ist der Anteil der unmittelbar naturgebundenen und klimasensitiven Wirtschaftsaktivitäten wie Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei an der Wertschöpfung im Regelfall sehr hoch (zum Beispiel Paraguay 20 Prozent, Kenia 30 Prozent, Myanmar 40 Prozent, Tschad 50 Prozent). Und hier sind die technisch-ökonomischen Kapazitäten, sich durch Anpassungsmaßnahmen (Küstenschutz, Bewässerungssysteme, Zucht neuer Pflanzensorten etc.) gegen den Klimawandel zu schützen, meist nicht im notwendigen Umfang gegeben.

Eine für Europa höchst relevante Folge dieser besonderen Betroffenheit vom Klimawandel ist die Zunahme an Migration. Für 2050 geht die Internationale Organisation für Migration allein von 200 Millionen Klimaflüchtlingen aus, die sich als Folge von Meeresspiegelanstieg, Wüstenausbreitung, zunehmenden Wetterextremen und mangelhafter Wasserverfügbarkeit auf den Weg machen könnten, wenn nicht gegengesteuert wird. Bislang fanden die entsprechenden Wanderungsbewegungen ganz überwiegend innerhalb der betroffenen Staaten und Regionen der Südhemisphäre statt und erreichten den wohlhabenden Norden kaum. Allein angesichts der schieren Zahlen der Betroffenen ist nicht damit zu rechnen, dass das so bleibt. Vor allem die Wanderungsströme aus Afrika und Vorderasien nach Europa und aus Lateinamerika nach Nordamerika dürften in Zukunft stark zunehmen.

26 Die Daten stammen von Eurostat (2016) sowie vom World Resources Institute (ohne Jahr).

27 Daten vom Umweltbundesamt: www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/europaeischer-vergleich-der-treibhausgas-emissionen (Zugriff vom 17.06.2017).

28 Daten der Weltbank: <http://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.CO2E.PC> (Zugriff vom 17.06.2017).

Wie sehr unsere Wachstumsfixierung zu Lasten Dritter geht, zeigt sich aber nicht nur an der Übernutzung des Gemeinschaftsguts Atmosphäre, sondern auch an der Struktur unserer Austauschbeziehungen mit den Staaten der Südhemisphäre. Anders als von den Apologeten des Freihandels immer wieder propagiert, ist es in der bestehenden Welthandelsordnung eben nicht so, dass alle Seiten profitieren. Von der spezifischen Rolle Chinas einmal abgesehen, ist die Struktur des Welthandels nämlich noch immer dadurch geprägt, dass die Entwicklungsländer ihre Exporterlöse vor allem durch den Verkauf von Agrarprodukten und Rohstoffen erzielen, während die Industriestaaten die Märkte hochwertiger und wertschöpfungsintensiver Industrieprodukte und Dienstleistungen beherrschen. Während die Preise für Agrarprodukte und Rohstoffe in der Vergangenheit eher konstant geblieben oder sogar gesunken sind, sind die Preise für Industriegüter in der Regel stark angestiegen, wodurch sich die sogenannten »terms of trade« für die Entwicklungsländer stetig verschlechtert haben.

Selbst ein relativ entwickeltes Land wie Argentinien erzielt drei Viertel seiner Exporterlöse durch die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten (30 Prozent), Rohstoffen (25 Prozent) und Mineralölen (20 Prozent), ganz zu schweigen von einem Staat wie Nigeria, der 95 Prozent seiner Exporterlöse durch die Ausfuhr von Erdöl erzielt. Oft werden die Exportprodukte auf nicht nachhaltige Weise erzeugt (Soja, Palmöl, Umwandlung von Wäldern in Weideland für Rinderzucht) beziehungsweise gewonnen (Bergbau, Ölförderung) und kollidieren mit den Lebensinteressen lokaler Bevölkerungen, die sich zunehmend zur Wehr setzen. Da, wo Entwicklungsländer Industrieländermärkte mit Produkten beliefern, die eine höhere Fertigungstiefe und Wertschöpfungsintensität aufweisen, etwa im Bereich der Textilerzeugung, sind die Arbeitsbedingungen in der Regel schlecht, und die Löhne reichen kaum zum Überleben.

Ausgehend von der politisch-ethischen Verantwortung für eine gerechte Weltklima-, Weltwirtschafts- und Welthandelsordnung sollte die EU ihre Politik als Akteur in den internationalen Beziehungen deutlich ändern und vom überkommenen Wachstumsmantra Abschied nehmen. Da ist zunächst die Klimapolitik. Hier gilt es nicht nur die »Hausaufgaben« zu erledigen und die eigenen Gesellschaften und Ökonomien in Richtung Nachhaltigkeit und Kohlenstoffneutralität umzubauen. Es geht auch darum, die Entwicklungsländer darin zu unterstützen, die energie- und emissionsintensiven Umwege, die wir in unserer Industrialisierungsgeschichte genommen haben, zu vermeiden. Das schließt Fragen des Finanztransfers ebenso ein wie Kooperationen auf dem Gebiet nachhaltiger und angepasster Technologien. Aber es bedeutet eben auch, dass sich die Paradigmen der Handelspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit ändern müssen, und zwar mit dem Ziel, der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung (vulgo: Globalisierung) in ihrer extrem ressourcen-, energie- und transportintensiven Ausprägung Grenzen zu setzen. Wir sollten uns an den großen John Maynard Keynes erinnern, der die Grenzen der Arbeitsteilung schon 1933 sehr präzise auf den Punkt brachte:

»Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen – das sind Dinge, die ihrer Natur nach international sein sollten, aber lasst Güter in der Heimat herstellen, wenn immer es sinnvoll

und praktisch möglich ist, [...] Ich bin nicht überzeugt, dass die wirtschaftlichen Erfolge der internationalen Arbeitsteilung heute noch irgendwie mit den früheren vergleichbar sind.«²⁹

Hält sich die EU an diese Devise, so hat sie in den nächsten Jahren zahlreiche Möglichkeiten, daraus Realpolitik zu machen. Sie sollte

- Fair-Handelsabkommen statt Freihandelsabkommen schließen, TTIP und Ceta hinter sich lassen und afrikanischen Staaten nicht nur die Möglichkeit geben, privilegierten Zugang zu Europas Märkten zu erhalten, sondern auch die, ihre eigenen Binnenökonomien durch Schutzregeln entwickeln zu können,
- offene und verdeckte Exportsubventionen streichen und stattdessen Konzepte zur Erhöhung innerregionaler Produktions- und Konsumtionsverflechtungen sowie zur Kräftigung vitaler Binnenökonomien entwickeln, was in den profitierenden Ländern auch den Abwanderungsdruck reduzieren würde,
- das Klimagas CO₂ mit einem angemessenen Preis belegen, der die »ökologische Wahrheit« sagt und so Anreize zur Energieeinsparung, zur Vermeidung unnötiger Transporte und zur Re-Regionalisierung von Produktionskreisläufen gibt,³⁰
- die digitale Infrastruktur so entwickeln und gestalten, dass die erneuerbaren Energien, die Ökonomie des Teilens, die dezentrale Produktion, der kollaborative Konsum und das Prosumieren ihr volles Nachhaltigkeitspotenzial entfalten können. Wichtig ist in dem Zusammenhang auch, dass in Europa eine Kartell- und Wettbewerbspolitik betrieben wird, die Digitalmonopole nicht länger akzeptiert.³¹

Die beschriebene Art der sukzessiven De-Globalisierung und Re-Regionalisierung ist, anders als die Propheten der immer weiter vertieften und weltweiten Arbeitsteilung insinuierten, keineswegs ein Zurück in das vertraute Bett des autarken Nationalstaats oder eine Abschottung gegenüber der Welt. Im Gegenteil: Es geht um die Wiedergewinnung von Autonomie, um die Überwindung von Nicht-Nachhaltigkeit und Ungerechtigkeit im Weltmaßstab, um dezentrales Handeln in globaler Absicht.³² Es geht also nicht um weniger Europa, sondern um ein weniger ökonomistisches Europa.

2.3 *Dritte Quelle: Zusammenhang von Wirtschaftswachstum, Glück und Lebenszufriedenheit*

Man kann die Einhaltung ökologischer Grenzen und die Sicherstellung von globaler Fairness als »normatives Muss« bezeichnen. Es geht aber nicht nur um die Einhaltung ethisch-moralischer Prinzipien gegenüber den zukünftigen Menschheitsgene-

29 Keynes 1984 [1933].

30 In seiner heutigen Form ist das EU-Emissionshandelssystem kaum geeignet, »ökologisch wahre« Preise zu kreieren. Durch schwache CO₂-Minderungsziele und die systematische Überausstattung von Industrie und Kraftwerken mit CO₂-Emissionsrechten ergeben sich so niedrige CO₂-Preise, dass praktisch kein Anreiz besteht, ambitionierten Klimaschutz zu betreiben.

31 Loske 2015 a.

32 Loske 2015 b.

rationen, den Menschen in anderen Teilen der Welt und den nichtmenschlichen Lebewesen, also nicht nur um ein »Sollen« oder gar »Müssen«. Es geht auch um ein gesundes Eigeninteresse der hier und heute Lebenden, etwa darum, die ökonomisch höchst relevanten »Gratisleistungen der Natur« wie die Bereitstellung eines stabilen Klimas, von guter Luft, sauberem Wasser, produktiven Böden und biologischer Vielfalt nicht zu gefährden, und auch darum, menschliche Migrationsströme durch Klimawandel und unfairen Tausch nicht unnötig anzuheizen. Freilich bleiben diese Argumente eher defensiv. Die These lautet im Grunde: Wir sollten uns von der Wachstumsfixierung lösen und der Nachhaltigkeit zuwenden, weil uns sonst ökologisch wie sozial Schlimmes droht.

Aber in der jüngeren wachstumskritischen Debatte treten zunehmend Argumente des »Wollens« in den Vordergrund, die nicht primär defensiv sind und auf Schreckensszenarien abstellen, wie es noch in der Wachstumsdebatte der 1970er Jahre der Regelfall war, sondern offensiv für eine »Befreiung vom Überfluss«,³³ ein »Vorwärts zur Mäßigung«,³⁴ »Prosperity without Growth«³⁵ oder eine »Good Society without Growth«³⁶ werben. Die Hauptaussage der allermeisten Protagonisten dieser Denkrichtung lautet: Jenseits eines bestimmtem materiellen Niveaus, das alle Menschen benötigen, um ihre Grundbedürfnisse befriedigen zu können, besteht kein nachweisbarer Zusammenhang mehr zwischen Einkommen und Lebenszufriedenheit. »Immer mehr« bedeutet also in den meisten Industriegesellschaften längst nicht mehr, dass alles »immer besser« wird.

Im Gegenteil wird argumentiert, dass eine zu starke Fixierung auf permanenten Zuwachs für Einzelne wie Gesellschaften eher schädlich ist und krankmachend wirkt, weil der Alltag zunehmend durch Konsum verstopft, beschleunigt, kommerzialisiert und zerstreut wird, also Energie von der Konzentration auf die wesentlichen Dinge des Lebens abgezogen wird. Und über allem schwebt die Frage: Brauchen wir das alles, um glücklich und zufrieden zu sein?

Lange Zeit sind solche Fragen ins Reich der »Verzichtsideologie« verwiesen worden und werden es zum Teil auch heute noch. Liberale argumentieren gern, meist mit Hayek und Popper im Rücken, hier wolle eine selbst ernannte Elite von vermeintlich Erleuchteten den Menschen vorschreiben, wie sie zu leben hätten, was über kurz oder lang auf die »Straße zur Knechtschaft« führe.³⁷ Aber auch nicht wenige Linke sehen in Überlegungen zum maßvollen Leben die Marotte einer saturierten Bio-Bourgeoisie, die die Sorgen der »kleinen Leute« nicht kennt. Strukturkonservative wiederum halten wachstumskritische Lebensstildebatten ironischerweise für eine linke Ideologie, die letztlich nur der Wirtschaft, dem Volkseinkommen und damit der nationalen Stärke schade.

33 Paech 2012.

34 Binswanger 2009.

35 Jackson 2017.

36 Loske 2013 a.

37 Paqué 2013.

Schaut man sich aber die Umfragen an, so zeigen diese fast durchweg die Richtigkeit der wachstumskritischen These von der Abkopplung der Lebenszufriedenheit vom BIP: Umfassende Indikatoren, die neben ökonomischen auch ökologische und soziale Kriterien in die Wohlstandsmessung einbeziehen, machen deutlich, dass die Lebenszufriedenheit der Menschen jenseits der Erfüllung von Grundbedürfnissen nur noch zu einem geringen Teil vom Einkommen abhängt. Werden etwa Umweltqualität, Gesundheit, Bildung, Gerechtigkeitsfragen oder die Qualität der Sozialbeziehungen in die Messkonzepte einbezogen, dann ergeben sich ganz andere Resultate als bei der bloßen BIP-Betrachtung.³⁸

Der von der britischen »New Economics Foundation« entwickelte »Happy Planet Index« (HPI) etwa macht die Gültigkeit der Entkopplungsthese besonders deutlich. Nur einige Beispiele: Während die USA beim BIP pro Kopf mit 59.609 US \$ (2016) im globalen Index an achter Stelle liegen, rangieren sie beim HPI aufgrund von hohem Umwelt- und Ressourcenverbrauch sowie starker Ungleichverteilung nur auf Rang 108 (2016). Deutschland liegt beim BIP auf Rang 19, beim HPI auf Rang 49. Umgekehrt rangiert ein Land wie Costa Rica beim BIP nur auf Rang 62, während es beim HPI auf Rang 1 liegt. Natürlich gibt es auch Staaten, die in beiden Tabellen vorn liegen, etwa Norwegen (BIP: Rang 3/HPI: Rang 12).³⁹ Es kann deshalb nicht darum gehen, einen Indikator kritiklos durch einen anderen zu ersetzen. Aggregierten Größen liegen immer auch methodische Probleme zugrunde.

Aber wenn so viele Alternativindikatoren darauf hinweisen, dass die krude Ineinssetzung von BIP und Wohlstand falsch ist, dann kann das auch für die europäische Politik nicht folgenlos bleiben. Sie sollte

- alternative Konzepte der Wohlstandsmessung anwenden und zur Grundlage ihrer Politik machen, sodass eine systematische Wiedereinbettung der Ökonomie in gesellschaftliche und ökologische Bezüge gelingt,
- diejenigen öffentlichen Güter fördern, die Bedingungen dafür schaffen, dass ein »gutes Leben« für alle möglich wird,⁴⁰ was einem einseitigen Deregulierungs-, Wettbewerbs- und Privatisierungsansatz klare Grenzen setzt,
- die liegengelassene Agenda der Arbeitszeitverkürzung wiederaufnehmen, damit die durch technischen Fortschritt induzierten Verbesserungen der Arbeitsproduktivität auch in Form reduzierter Erwerbsarbeitszeiten für alle (Männer und Frauen) weitergegeben werden können, wodurch Wachstumsdruck aus dem ökonomischen System genommen wird,
- Arbeitsformen wie Handarbeit oder soziale Dienstleistungen auf jede nur erdenkliche Weise fördern und unterstützen,

38 Für einen Überblick: Fioramonti 2013.

39 Die Daten zum BIP stammen von der Weltbank (<http://statisticstimes.com/economy/countries-by-projected-gdp-capita.php>), die Daten zum HPI von der New Economics Foundation (<http://happyplanetindex.org/>; Zugriffe vom 19.06.2017).

40 Robert und Edward Skidelsky sprechen von unverzichtbaren und universellen »Basisgütern«, die für das »gute Leben« erforderlich sind und von der Politik gefördert werden sollten: Gesundheit, Sicherheit, Harmonie mit der Natur, Persönlichkeitsentfaltung, Freundschaft, Muße, Respekt; Skidelsky, Skidelsky 2013.

- endlich mit der Diskussion darüber beginnen, wie soziale Sicherung in einer zunehmend digitalen Wirtschaft aussehen soll und wie ein (schrittweise einzuführendes) bedingungsloses Grundeinkommen finanziert werden kann, das die Menschen dazu in die Lage versetzt, sich das ihnen jeweils angemessen erscheinende Tätigkeitsmenü aus Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Familienarbeit, sozialem Engagement, kulturellem Schaffen und Muße zusammenzustellen,⁴¹
- der Macht der Finanzwirtschaft klare Grenzen setzen und ihr Regeln geben, damit Geld vom expansionsgetriebenen Herrschaftsmittel zum sozialen Gestaltungsmittel werden kann.

2.4 Vierte Quelle: Die Wertefrage

Eine diffuse, wenn auch stark sprudelnde Quelle der Wachstumskritik ist die Wertediskussion. Das Gefühl, die zu starke Ausrichtung von Gesellschaften auf ökonomische Prinzipien wie Wachstum, Wettbewerb und Gelderwerb gehe zu Lasten des gesellschaftlichen Zusammenhalts, ist in Europa seit langem weit verbreitet. Und es kann sich links wie rechts auf große Denker berufen: Der irisch-britische Konservative Edmund Burke (1729-1797) etwa verachtete die »Sophisten, Ökonomen und Rechenmeister, die die Schönheiten der Erde in Mark und Pfennig ummünzen«, ebenso wie Karl Marx (1818-1883) es tat, der den »Bourgeois« und seine götzenhafte Anbetung des Geldes karikiert, wenn er in Anlehnung an biblische Motive schreibt: »Wie der Hirsch lechzt nach frischem Wasser, so lechzt seine Seele nach Geld.« Der unorthodoxe Philosoph Walter Benjamin (1892-1940) sah im Kapitalismus gar eine »Zivilreligion«, deren Ethos das »dauerhafte Wachstum« sei, dem mit »Kult« (Anbetung des Geldes) und »Schuld« (Verschuldung) gedient werden müsse.⁴²

Die lange europäische Tradition der Kritik an Ökonomismus und Wachstumsfixierung findet in der Gegenwart ihre Fortsetzung. Auch heute reicht sie von Wertkonservativen, die den Verfall von Tugenden wie Mäßigung und Verzichtsbereitschaft beklagen,⁴³ über pluralistisch gesonnene Progressive, die Wachstumszwang und erzwungene Marktkonformität als Gefährdung individueller Autonomie und damit der Moderne deuten,⁴⁴ bis zu Marxisten, die der Überzeugung sind, Wachstumsfixierung und Kapitalismus seien eng miteinander verwoben und könnten deshalb auch nur gemeinsam überwunden werden.⁴⁵

Kann aus einer solch diversen Wachstumskritik politisch etwas Gemeinsames und Kraftvolles erwachsen? Sicher bleiben auch im Lichte der Wachstumskritik Konservative Konservative, Liberale Liberale und Linke Linke. Und ganz so einfach, wie es die deutschen Grünen sich mit der Feststellung machen, man sei »nicht links, nicht rechts, sondern vorn«, geht es eben auch nicht. Aber wenn die hier dargelegte

41 Siehe <http://basicincome-europe.org/ubie/> (Zugriff vom 18.06.2017).

42 Siehe Benjamin 2003.

43 Zum Beispiel Miegel 2014.

44 Zum Beispiel Rosa 2013.

45 Zum Beispiel Brandt, Wissen 2017.

Diagnose zutreffend ist, dass das heutige Wachstumsmodell aus der Perspektive von Ökologie, globaler Gerechtigkeit, wahrem Wohlstand und gesellschaftlichem Zusammenhalt weder in der Zeit durchhaltbar noch im Raum verallgemeinerbar ist, dann sollte es doch zumindest möglich sein, dass die verschiedenen politischen Denkschulen und Parteienfamilien sich schrittweise von diesem Modell verabschieden.

Eine ideologisch »abgerüstete« Sicht auf die Wachstumsfrage würde ganz neue Allianzen ermöglichen. Nehmen wir als Beispiel die steuerliche Behandlung von wirtschaftlicher Tätigkeit und Erwerbstätigkeit. Auch hier sind die Grundhaltungen klar: Konservative und mehr noch Liberale sind eher unternehmensfreundlich, Sozialdemokraten und Sozialisten fühlen sich eher den Arbeitnehmerinteressen verpflichtet (oder waren es zumindest), Grünen liegt besonders das ökologische Wirtschaften am Herzen. Dennoch ließe sich selbst aus dieser Konstellation eine postwachstumsorientierte Steuerpolitik ableiten:

- Die Besteuerung der Arbeit trägt heute in den Staaten Europas den Löwenanteil zu den staatlichen Steuereinnahmen bei. In Deutschland liegt der Anteil der Lohn- und Einkommensteuer am gesamten Steueraufkommen bei etwa 40 Prozent, hinzu kommen noch die Sozialversicherungsabgaben für Rente, Pflege, Krankheit und Arbeitslosigkeit. Die Finanzierung des Staates und der sozialen Sicherung wird also in großem Umfang den produktiv Arbeitenden aufgebürdet. Demgegenüber liegt der Anteil von Energiesteuern am Gesamtaufkommen der Steuern bei lediglich fünf Prozent.⁴⁶ Die produktive Arbeit wird stark, der Verbrauch von Energie beziehungsweise daraus resultierend der Ausstoß von CO₂ niedrig belastet. Es spricht eigentlich alles für eine Teilverlagerung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf die Faktoren Energie/Ressourcen/Umweltinanspruchnahme, wobei auf soziale Aspekte zu achten ist, was durch Mechanismen wie den »Ökobonus« aber sichergestellt werden kann.⁴⁷
- Den zweitgrößten Batzen bei den Steuereinnahmen machen die Umsatzsteuern aus. Er liegt in Deutschland bei gut 30 Prozent. Auch hier lassen sich Postwachstumsüberlegungen durch eine Strukturreform einbringen. Luxusartikel etwa sollten mit einem höheren (neu einzuführenden dritten) Mehrwertsteuersatz belegt werden, während etwa auf Reparaturdienstleistungen oder andere gemeinwohlorientierte Wirtschaftsaktivitäten ein reduzierter Satz anzuwenden wäre.

Natürlich lässt sich einwenden, dass Steuerpolitik in der nationalen Kompetenz liegt und in Brüssel, wenn überhaupt, nur nach dem Einstimmigkeitsprinzip funktioniert. Es muss auch keine generelle Harmonisierung geben. Aber zumindest sollte es dazu kommen, dass bei Unternehmenssteuern Mindestsätze festgelegt werden, um einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern zu verhindern, bei Energie- und Umweltsteuern gleichgerichtet gehandelt wird, um Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu errei-

46 Zahlen des Bundesfinanzministeriums: www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2017/01/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-5-Steuereinnahmen-Bund-Laender-2016.html (Zugriff vom 19.06.2017).

47 Loske 2013 b.

chen, und sich die Brüsseler Wettbewerbs-Kommission mit Verfahren und Klagen zurückhält, wenn Mitgliedstaaten bestimmte Aktivitäten (wie das Reparieren oder das Teilen) mit reduzierten Mehrwertsteuersätzen fördern wollen.

3. Protagonisten einer europäischen Postwachstumspolitik

Es stellt sich abschließend die Frage, wer denn die Träger einer europäischen Postwachstumspolitik im hier beschriebenen Sinne sind oder sein könnten. An der Annahme, dass die etablierten Institutionen, die Parteien, Parlamente und Regierungen in den EU-Mitgliedstaaten oder gar die Brüsseler Kommission und die Räte zu Antreibern einer wachstumsneutralen Politik werden, sind Zweifel erlaubt. Das hat viele Gründe, nicht zuletzt den, dass die Infragestellung des Wachstumsprimats im politischen Betrieb noch immer als karrieregefährdend eingestuft wird. Aber es gibt in den allermeisten Parteien und Parlamenten Europas Mitglieder und Abgeordnete, die Zweifel am »Weiter so« haben und die wachstumskritische Debatte intensiv verfolgen und wohlwollend begleiten. Sie sind in der Minderheit, aber sie sind wichtig und so weit wie möglich in die konzeptionellen Arbeiten zur kommenden Postwachstumsgesellschaft einzubeziehen. Eine Geringschätzung der formalen politischen Sphäre wäre kurzsichtig, denn Verbündete benötigt ein solches Vorhaben auf jeder Ebene.

Die Hauptprotagonisten würden freilich aus anderen Sphären kommen, die sich zunehmend europäisch begreifen: aus der Zivilgesellschaft und hier vor allem aus den sozialen Bewegungen und den Kirchen sowie aus dem Wissenschaftsbetrieb, den Universitäten und unabhängigen Forschungsinstituten, die europäisch vernetzt zu Fragen der Postwachstumsgesellschaft arbeiten. Zur weiteren Vertiefung der Kooperation zu Postwachstumsfragen innerhalb Europas würde die EU selbst einen relevanten Beitrag leisten, indem sie ihre Forschungs- und NGO-Förderung entsprechend ausgestaltet.

Schwieriger wird es, wenn man die beiden Großgruppen Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in den Blick nimmt. In den großen Unternehmensverbänden findet die Wachstumskritik praktisch keinen Resonanzraum. Eine gewisse Ausnahme hiervon bilden allenfalls die Interessenverbände der Digitalwirtschaft, die erkannt haben, dass viele der innovativen sozial-ökologischen Praktiken wie die Ökonomie des Teilens und der kollaborative Konsum internetbasiert sind und große Potenziale bieten. Liest man etwa die Positionspapiere der »European Sharing Economy Coalition«, dann wimmelt es nur so von Nachhaltigkeitsbegriffen aller Art, wobei nicht immer klar wird, ob es sich um wirkliche Überzeugungen oder eher um das Grüneinfärben von andersartigen Hauptinteressen (»Greenwashing«) handelt.⁴⁸ Zweifelsfrei dürfte es jedenfalls sein, dass die Digitalwirtschaft und eine Postwachstumsökonomie zahlreiche Schnittstellen aufweisen, weshalb der Dialog zwischen den Protagonisten beider Welten so wichtig ist.

48 Siehe www.euro-freelancers.eu/european-sharing-economy-coalition/ (Zugriff vom 19.06.2017).

Interessanter ist es für Postwachstumsbewegte aber, auf der Unternehmensebene die systematische Kooperation mit progressiven Vorreitern zu suchen, die wachstumsneutral und nachhaltigkeitsorientiert agieren. Es gibt schon heute erstaunlich viele Beispiele dafür, wie nichtwachstumsorientierte Unternehmen durch Qualitätsprodukte und Kundenbindung in einem wachstumsfixierten Umfeld gut bestehen können.⁴⁹ Zudem wäre von den »grünen« Unternehmensverbänden Unterstützung zu erwarten, deren Mitglieder sich zwar oft primär dem Ziel des »grünen Wachstums« verschrieben haben, aber dennoch eine gewisse Offenheit gegenüber umfassenderen Postwachstumskonzepten zeigen.

Während Gewerkschaften in der ersten Welle der Wachstumskritik in den 1970er Jahren zur Avantgarde der Diskussion gehörten und etwa auf ihrem großen IG Metall-Kongress »Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens« 1972 in Oberhausen Begriffe wie »selektives Wachstum« und »qualitatives Wachstum« prägten, so bleibt ihre Kritik in der aktuellen Postwachstumsdebatte merkwürdig blass. Zwar verweigern sie die Diskussion nicht und treten auch auf gemeinsamen »Transformations-Konferenzen« mit Umweltverbänden und globalisierungskritischen Organisationen auf. Dass eine systematische Befassung mit der Wachstumsfrage stattfände, kann man aber weder für die nationale noch für die europäische Ebene behaupten.⁵⁰ Es bleibt zu hoffen, dass die Gewerkschaften hier bald wieder Anschluss finden, denn mindestens über die Frage der Digitalisierung der Wirtschaft mit ihren disruptiven Effekten auf dem Arbeitsmarkt wird ihnen die Wachstumsfrage indirekt immer wieder begegnen.

Ob die beschriebenen Protagonisten von Postwachstumskonzepten und -strategien eine solche gesellschaftliche Relevanz entwickeln, dass sich das formale politische System dem Thema nicht länger verschließen kann, ist eine offene Frage. Wer will, kann erste Zeichen der Hoffnung sehen: von der Kommission des französischen Präsidenten zur alternativen Wohlmessung (2009) über den wachstumskritischen Bericht »Prosperity without Growth« der britischen Regierungskommission für nachhaltige Entwicklung (2009) bis zur Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages (2011 bis 2013). Unabhängig davon darf aber angenommen werden, dass inhaltliche und politische Vorarbeiten zur Vorbereitung auf eine Gesellschaft, die aus den hier beschriebenen Gründen mit weniger oder ohne Wachstum auskommen muss, auf alle Fälle sinnvoll sind. Das bedeutet für die aus Nachhaltigkeitsperspektive notwendigen Transformationsprozesse, dass sie vernunftgesteuert »durch Programm« und nicht chaotisch »durch Katastrophen« ablaufen.⁵¹

Fazit: Die zweite Welle der Wachstumskritik hat das Potenzial, die Politik zu verändern. Das liegt besonders darin begründet, dass sie sich mit aktuellen Gegenwartstendenzen verbinden kann. Neue technische Entwicklungen rund um Solar-

49 Siehe www.ioew.de/publikation/wachstumsneutrale_unternehmen/ (Zugriff vom 21.06.2017).

50 Ausnahmen bestätigen diese Regel; vgl. www.boeckler.de/39145_39158.htm (Zugriff vom 19.06.2017).

51 Victor 2008.

energie und Digitalisierung, neue Haltungen wie die wachsende Wertschätzung für selbstbestimmte Eigenzeiten und neue Geschäftsmodelle, die dem Prinzip »Nutzen statt besitzen« folgen, bieten enorme Nachhaltigkeitspotenziale für die nahende Postwachstumsgesellschaft. Für Europa, den kriselnden »Kontinent der Differenz« (Hans Magnus Enzensberger), könnte sich die Postwachstumsdebatte als Jungbrunnen erweisen, wenn die politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger sich ihr denn wirklich öffneten oder innerlich im Generationenprozess erneuerten. Das große »Zeitkaufen« durch das permanente Zeichnen ungedeckter Wechsel auf die Zukunft ginge auf sein Ende zu.⁵²

Literatur

- Amberger, Alexander 2014. *Babro – Harib – Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR*. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Amy, Carl 1976. *Natur als Politik. Die ökologische Chance des Menschen*. Reinbek: Rowohlt.
- Benjamin, Walter 2003. »Kapitalismus als Religion«, in *Kapitalismus als Religion*, hrsg. v. Baecker, Dirk, S. 15-18. Berlin: Kadmos.
- Binswanger, Hans-Christoph 2009. *Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft*. Hamburg: Murmann.
- Brandt, Ulrich; Wissen, Markus 2017. *Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München: Oekom.
- Buarque, Cristovam 2007. *The golden curtain. The shocks of the end of the twentieth century and a dream for the twenty-first*. Brasilia: Senado Federal.
- Burchardt, Hans-Jürgen 2017. »It's about time, stupid! Die Vermessung des guten Lebens zwischen Status quo und Wertewandel«, in *Leviathan* 45, 2, S. 255-280.
- Eppler, Erhard 1975. *Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen*. Stuttgart: Kohlhammer.
- European Sharing Economy Coalition 2017. *Manifesto of the European sharing economy coalition 2017*. www.euro-freelancers.eu/european-sharing-economy-coalition/ (Zugriff vom 19. 06.2017).
- Eurostat 2017. *Ein statistisches Porträt der Europäischen Union*. Pressemitteilung 166/2016. <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7597064/1-02092016-BP-DE.pdf/d725fc2a-b4aa-4213-b451-c04ef84289da> (Zugriff vom 21.10.2017).
- Fioramonti, Lorenzo 2013. *Gross domestic problem. The politics behind the world's most powerful number*. London: Zed Books.
- Fromm, Erich 1976. *To have or to be? The world perspectives book series*. New York: Harper & Row (deutsch: *Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1976).
- Gandhi, Indira 1972. *Plenary session of United Nations conference on human environment*. Stockholm: Speech at the Stockholm Conference. <http://lasulawsenvironmental.blogspot.de/2012/07/indira-gandhis-speech-at-stockholm.html> (Zugriff vom 21.10.2017).
- Goddard, Jeannette 2012. »Wie zerstörerisch darf Wachstum sein«, in *Mitbestimmung* 3. www.boeckler.de/39145_39158.htm (Zugriff vom 21.10.2017).
- Göbel, Stefan 2013. *Die Ölpreiskrisen der 1970er Jahre. Auswirkungen auf die Wirtschaft von Industriestaaten am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, der Vereinigten Staaten, Japans, Großbritanniens und Frankreichs*. Berlin: Logos.
- Gorz, André 1977. *Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise*. Reinbek: Rowohlt.
- Gruhl, Herbert 1975. *Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik*. Frankfurt a. M.: S. Fischer.

52 Streeck 2013.

- Guérot, Ulrike 2016. *Warum Europa eine Republik werden muss. Eine politische Utopie*. Bonn: Dietz.
- Hank, Rainer 2016. »Wachstum im Schnecken tempo«, in *FAZ.net*. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/degrowth-bewegung-gut-leben-ohne-wachstum-14482521.html (Zugriff vom 30.05.2017).
- Hirsch, Fred 1976. *Social limits to growth*. Cambridge: Harvard University Press (deutsch: *Die sozialen Grenzen des Wachstums. Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise*. Reinbek: Rowohlt 1980).
- International Monetary Fund 2017. *World economic outlook of April 2017: GDP per capita ranking*. <http://statisticstimes.com/economy/countries-by-projected-gdp-capita.php> (Zugriff vom 21.10.2017).
- Jackson, Tim 2017. *Prosperity without growth. Economics for a finite planet*. London: Earthscan (deutsch: *Wohlstand ohne Wachstum*. München: Oekom 2017).
- Keynes, John M. 1984 [1933]. »Nationale Selbstgenügsamkeit«, in *John Maynard Keynes: Kommentierte Werkauswahl*, hrsg. v. Mattfeldt, Harald, S. 152-161. Hamburg: VSA-Verlag (Erstveröffentlichung in *Schmollers Jahrbuch* 57, S. 61-70; englisch: »National self-sufficiency«, in *Collected Writings* 21, S. 233-246).
- Kuczynski, Jürgen 1973. *Das Gleichgewicht der Null. Zu den Theorien des Nullwachstums*. Frankfurt a. M.: Verlag Marxistische Blätter.
- Liesen, Andrea et al. 2013. *Wachstumsneutrale Unternehmen*. Schriftenreihe des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung 205/13. Berlin: IÖW. www.ioew.de/publikation/wachstumsneutrale_unternehmen/ (Zugriff vom 21.10.2017).
- Loske, Reinhard 2013 a. *The good society without growth. Why green growth is not enough*. Rangsdorf: Basiliken Presse.
- Loske, Reinhard 2013 b. »Das Ökobonus-Konzept«, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 58, 4, S. 96-100.
- Loske, Reinhard 2014. »Neue Formen kooperativen Wirtschaftens als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung«, in *Leviathan* 42, 3, S. 463-485.
- Loske, Reinhard 2015 a. »Sharing Economy: Gutes Teilen, schlechtes Teilen?«, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 60, 11, S. 89-98.
- Loske, Reinhard 2015 b. »Why the post-growth debate is not a wrong turn«, in *GAIA* 24, 4, S. 236-239.
- Loske, Reinhard 2018. »Die Share Economy. Nachhaltigkeitstreiber oder Konsumstimulator?«, in *Share Economy. Institutionelle Grundlagen und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen*, hrsg. v. Dörr, Julian; Goldschmidt, Nils; Schorkopf, Frank. Tübingen: Mohr Siebeck (im Erscheinen).
- McGlade, Christophe; Ekins, Paul 2015. »The geographical distribution of fossil fuels unused when limiting global warming to 2°C«, in *Nature* 517, S. 187-190.
- Meadows, Donella H. et al. 1972. *Limits to growth. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1972).
- Miegel, Meinhard 2014. *Die überforderte Gesellschaft*. Berlin: Propyläen.
- Paech, Niko 2012. *Befreiung vom Überfluss*. München: Oekom.
- Paqué, Karl-Heinz 2013. »Lest doch bitte euren Popper richtig. Eine Antwort auf Reinhard Loske«, in *FAZ.net*. www.faz.net/aktuell/feuilleton/wachstums-debatte-lest-doch-bitte-euren-popper-richtig-12219415.html (Zugriff vom 19.06.2017).
- Rifkin, Jeremy 2014. *The zero marginal cost society. The internet of things, the collaborative commons, and the eclipse of capitalism*. Basingstoke: Palgrave MacMillan (deutsch: *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus*. Frankfurt a. M., New York: Campus 2014).
- Rockström, Johan 2009. »A safe operating space for humanity«, in *Nature* 461, S. 472-475.
- Rosa, Hartmut 2013. *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung*. Berlin: Suhrkamp.
- Skidelsky, Edward; Skidelsky, Robert 2012. *How much is enough. Money and the good life*. New York: Other Press (deutsch: *Wieviel ist genug?* München: Oekom 2013).
- Streeck, Wolfgang 2013. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.

- Victor, Peter A. 2008. *Managing without growth. Slower by design, not disaster*. Cheltenham: Edward Elgar.
- World Resources Institute ohne Jahr. *Navigating the numbers. Greenhouse gas data and international climate policy: cumulative emissions*. http://pdf.wri.org/navigating_numbers_chapter6.pdf (Zugriff vom 21.10.2017).

Zusammenfassung: Seit etwa einem Jahrzehnt lässt sich in Europa unter dem Titel »Postwachstumsgesellschaft« eine »zweite Welle« der Wachstumskritik beobachten. Im Vergleich mit der Wachstumskritik der 1970er Jahre (erste Welle) weist die gegenwärtige Debatte Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf: Die Gemeinsamkeit besteht darin, dass sich die Kritik an Wachstumsfixierung und Konsumismus aus ökologischen, sozialen und kulturellen Quellen gleichermaßen speist. Der Hauptunterschied zwischen der ersten und der zweiten Welle besteht darin, dass nicht wenige soziale Innovationen der Gegenwart direkt an den Postwachstumdiskurs anschließen oder diesem sogar entstammen, wofür etwa das Teilen, der kollaborative Konsum, das »Prosumieren«, also das Überwinden der Erzeuger-Verbraucher-Entfremdung, die Reparaturkultur oder die neue Wertschätzung für Eigenzeiten als Beispiele genannt werden. Im Zentrum des Textes steht die Frage, ob und inwieweit Postwachstumskonzepte und die mit ihnen verbundenen sozialen Innovationen dazu beitragen können, ein »Europa der Nachhaltigkeit« zu schaffen. Der Autor beantwortet diese Frage positiv und beschreibt politische Handlungsstrategien, die verfolgt werden müssten, um eine Abkehr von der Wachstumsfixierung in Europa zu erreichen.

Stichworte: Wachstumskritik, Postwachstumskonzepte, soziale Innovationen, Nachhaltigkeit, Neuausrichtung Europas

Post-growth concepts as resources for a sustainable European Union. Redirecting the EU towards ecology and equity

Summary: Post-growth concepts have been discussed intensively in Europe for more than a decade now. There is currently a second wave criticising the negative side effects of economic growth and consumerism. When compared to the first wave in the 1970s, there are similarities and differences. Both waves have in common that environmental, social and cultural limits to growth were and are at the center of the debate. The main difference is that many of today's social innovations are directly related to the post-growth discourse including sharing, collaborative consumption, prosuming, the repair culture and the new appreciation of a good work-life balance. The article mainly deals with the question to what extent post-growth ideas can contribute to a more sustainable Europe. It argues that while post-growth concepts and the related social innovations are promising from a sustainability perspective and have much to contribute, they need a supportive political framework and a political strategy that abandons the one-sided fixation on economic growth and instead puts ecology and equity at the center.

Keywords: economic growth, negative side-effects, post-growth society, sustainable development, Europe's future

Author

Reinhard Loske
Universität Witten/Herdecke
Fakultät für Kulturreflexion
Arbeitsbereich Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik
Alfred-Herrhausen-Str. 50
58448 Witten
reinhard.loske@uni-wh.de
www.loske.de